



a

Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Eric Beißwenger, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Alexander Flierl, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Martin Huber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Attraktivere Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste noch attraktiver zu gestalten und die Anzahl der Plätze für die Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst zu erhöhen. Dabei soll zum einen berücksichtigt werden, dass freiwilliges Engagement für die Gesellschaft stärker honoriert und anerkannt wird. Zum anderen sollen die Freiwilligendienste für Menschen mit besonderen Lebensumständen, Behinderungen und anderen schwierigen Voraussetzungen erleichtert werden können.

Darüber hinaus soll sich die Staatsregierung für die Einführung eines umfassenden „Gesellschafts-“ oder „Bürgerjahres“ einsetzen. Dessen Ausgestaltung soll in einem breiten, gesamtgesellschaftlichen Dialog entwickelt werden.

Begründung:

Freiwilliges Engagement für die Gesellschaft soll stärker honoriert und anerkannt werden. Mit noch attraktiveren Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende soll allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten werden, sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einzusetzen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Außerdem könnten junge Menschen so frühzeitig an einen pflegerischen oder sozialen Beruf herangeführt werden. Viele Freiwilligendienstleistende bleiben auch nach dieser Zeit bei ihrer Dienststelle, sodass insbesondere das FSJ zur Fachkräftegewinnung gerade im sozialen Bereich beiträgt.

Entscheidend ist, dass den Freiwilligen die Wertschätzung und Anerkennung entgegengebracht werden, die sie auch verdienen, und zwar nicht nur während des Jahres, sondern auch für die Zeit danach. Der Einsatz als Freiwilligendienstleistende könnte etwa

bei praktischen Zeiten in Ausbildung und Studium sowie bei Wartesemestern für Studienplätze, aber auch bei der Rente berücksichtigt werden.

Auch die Verbesserung der finanziellen Unterstützung für Freiwillige und Hilfsdienste könnte in diesem Zusammenhang überprüft werden. Menschen mit Behinderung soll der Zugang und die Durchführung eines Freiwilligendienstes erleichtert werden.

Die Mehrheit der Gesellschaft ist laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers aus dem August 2018 für die Einführung eines „Sozialen Dienstjahres“ als „Gesellschafts-“ oder „Bürgerjahr“ für alle. Dieses erweitert die Perspektive jüngerer und älterer Menschen, trägt zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit bei und stärkt das Demokratiebewusstsein. Zudem schafft es neue Möglichkeiten der Integration in den Arbeitsmarkt.

Bei der Einführung eines „Gesellschafts-“ oder „Bürgerjahres“ ist von besonderer Bedeutung, die Ausgestaltung in einem umfassenden Dialog mit allen Betroffenen zu diskutieren.